



## **Niederschrift**

2. Plenarsitzung des Gemeinderates  
24. September 2019, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

### **Punkt 19 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen und Stiftungen; Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2018 Vorlage: 2019/0749**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - von dem Beteiligungsbericht 2018 Kenntnis

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? Wenn nicht, nehmen wir den so zur Kenntnis.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ich werde jetzt nicht auf all meine Post-its eingehen, die ich in diesem Bericht vermerkt habe, möchte aber die Gelegenheit nutzen und drei oder vier Aspekte an Sie bringen.

Gleich auf den ersten Seiten, beim Blick auf die Chancengleichheit fällt auf, da müssen wir noch etwas tun. Es sind noch viel zu wenige Frauen in den Führungsebenen vertreten. Das ist eine Hausaufgabe. Um die wissen wir alle. Die sollten wir weiter verfolgen.

Aber auch beim Blick auf die Quote der beschäftigten Menschen mit Behinderung – es ging gerade um dieses Thema – können wir durchaus ambitionierter vorgehen und auch dort einmal versuchen, dass nicht andere performen, sondern vielleicht auch einmal in dem einen oder anderen Unternehmen die Quote übererfüllen. Das wäre ein Wunsch von mir.

Was mir beim Lesen des Berichts zum Beispiel im Bereich der Stadtwerke auffällt, dass wir den Aspekt Klimaschutz, den Aspekt Suffizienz Nachhaltigkeit in keinsten Weise erwähnen, sondern einen Rückgang des Stromverbrauchs wird negativ dargestellt. Ich möchte in Frage stellen, ob es nicht vielleicht auch manchmal etwas Positives ist, wenn Unternehmen effizienter arbeiten und vielleicht einfach in Summe weniger Strom verbrauchen. Klar ist dieser wenige Stromverbrauch monetär etwas Schlechtes. Aber ich glaube, dass es da etwas anderes gibt, nämlich zum Beispiel die Betrachtung aus gemeinwohlökonomischen Blickpunkten. Ich würde mir wünschen, dass wir künftig in so einem Bericht auch gemeinwohlökonomische Gesichtspunkte, Kriterien vorfinden. Vielleicht in den Erläuterungen, vielleicht auch die eine oder andere Bilanzkennzahl aus so einem gemeinwohlorientierten ökonomischen Blickwinkel.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Der Beteiligungsbericht gibt auf 251 Seiten detaillierte Auskünfte aus Geschäftsberichten von 38 Beteiligungen, Gesellschaften und Stiftungen. Für diese umfangreiche und ausführliche Darstellung, die auch mit sehr viel Herzblut verbunden ist, wie wir wissen, möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion sehr herzlich bedanken. Laut der Verwaltungsvorlage ist der Beteiligungsbericht neben dem strategischen und operativen Beteiligungscontrolling – ich zitiere – zentraler Baustein des Beteiligungsmanagements. Er stellt für alle Entscheidungsträger der Stadt Karlsruhe eine umfassende Informationsbasis für die Aktivitäten des Konzerns Stadt Karlsruhe dar. – Zitat Ende. Das ist einer von zwei kurzen Anmerkungen, die wir als Fraktion zu diesem Bericht machen wollen.

Unser Anliegen ist es nämlich, zukünftig auch Angaben in diesem Bericht zu erhalten, die sich mit der strategischen Ausrichtung des Managements befassen. Das kommt aus unserer Sicht bisher zu kurz, wenn es überhaupt eine nennenswerte Erwähnung findet. Es wäre sehr wohl wünschenswert, zusätzlich zu den dargelegten Informationen Auskünfte darüber zu erhalten, wo wir als Stadt, also als Gesellschafterin, Einfluss auf die strategischen Entscheidungen der einzelnen Unternehmen ausüben. Auch würde ich gerne erkennen, wo es uns möglich ist, strategisch auf die Unternehmen einwirken zu können, und wo wir es als Konzern auch tun.

Ein anderer Gedanke noch zum Schluss, der sich anschließt an das, was die Kollegin gerade in einem Detail ausgeführt hat. Ich glaube, zu einem Beteiligungsbericht dürften zukünftig – da fordern wir das auch eindringlich – Angaben über Maßnahmen zum Klimaschutz der einzelnen Gesellschafter enthalten sein. Denn all dies ist auch mit betriebswirtschaftlichen Aufwendungen verbunden, die wir jetzt nicht scheuen wollen. Aber wir wollen dieses neue große Thema künftig gesamtheitlich in dem Beteiligungsbericht ebenfalls dargestellt wissen. Wir sollten schon wissen, welche klimaschützenden Maßnahmen die einzelnen Unternehmen planen und wie diese dann auch wirtschaftlich abgesichert sind.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Schön, dass wir nach Jahren wieder einmal zu diesem Punkt reden können. Wir haben es bis jetzt immer geschoben.

Aber man sieht, wie wichtig die Gesellschaften sind, wenn wir das einmal im Jahr hier im Rathaus beraten. Man sieht es an der Zahl der Beschäftigten, die dort sind. Es sind dort 62 % der Beschäftigte, während es bei der Stadt nur 38 % sind. Die Gesellschaften haben sich in den letzten 20 Jahren um 1.500 Mitarbeiter vergrößert. Die Stadt selber hatte nur 400 Mitarbeiter mehr. Allerdings müssen wir auch die Finanzen genauer betrachten. Hier sieht man, dass der Zufluss und der Abfluss an die Gesellschaften 2010 noch fast ausgegli-

chen waren. 2015 musste die Stadt schon 5,4 Mio. Euro zuschießen. 2019 sind es inzwischen 40 Mio. Euro, wobei 20 Mio. Euro die KVV-Erhöhung sind. Aber auch bei der Schuldenentwicklung sieht man deutlich, die Stadt hatte 2015 200 Mio. Euro Schulden, die Gesellschaften 1,2 Mrd. Euro. 2018 hatte die Stadt hingegen nur noch 150 Mio. Euro Schulden, die Gesellschaften 1,8 Mrd. Euro. Allerdings ist die Zinslast aufgrund der günstigen Zinsen natürlich nicht groß gestiegen.

Zu unseren verlustreichsten Gesellschaften gehört seit Jahren die KMK mit über 10 Mio. Euro. im Wesentlichen natürlich durch die Investition in die Gebäude an der Messe und am Festplatz. Letztendlich sind die Gewinne, die die Prognos-Gesellschaft vorausgesagt hatte, für die Messe leider nicht eingetreten. Allerdings arbeitet die Messe durchaus erfolgreich im eigentlichen Umsatz. Schwieriger ist die Stadthalle. Wir warten mit Spannung, dass es sie endlich einmal eröffnet wird. Allerdings sind bis jetzt schon 60 Mio. Euro investiert. Dabei wird es nicht bleiben. Die werden sicherlich nicht erwirtschaftet werden. Sie als Aufsichtsratsvorsitzenden, Frau Luczak-Schwarz, akzeptieren, dass diese Millionenverluste notwendig sind.

Preiswerter Wohnraum gehört zu den wichtigsten Elementen der Daseinsvorsorge. Die Volkswohnung hat inzwischen über 13.000 Mietwohnungen, letztes Jahr 151 neue gebaut. Es ist sogar mit Gewinn. Aber der Gewinn müsste nach Ansicht der SPD in der Gesellschaft bleiben, damit man weiter und mehr investieren kann.

Ganz schwieriger sieht die KVVH-Gruppe aus. Sie bringt zwar der Stadt selber mit Konzessionsabgaben über 24 Mio. Euro. einen Beitrag für den städtischen Haushalt. Insgesamt hat die Gesellschaftsgruppe allerdings 800 Mio. Euro Schulden, das fünffache der städtischen Schulden. Die Situation wird in den kommenden Jahren schwieriger, wenn weniger Strom verkauft wird, weil nur die Stadtwerke die Gewinnbringer in der Gruppe sind. Alle anderen haben Probleme. Wenn die VBK an die KASIG noch Nutzungsentgelt zahlt, wird der Verlust, um die Schulden zu tilgen, noch größer. Aber wie sähe es ohne funktionierenden ÖPNV aus? Der Verkehr würde zusammenkrachen, die vielen Arbeitsplätze könnten nicht gehalten werden. Deshalb sind die Zuschüsse über den ÖPNV notwendig. Für uns ist auch wichtig, dass der öffentliche Personennahverkehr auch zuverlässig ist, das heißt, genügend Fahrer vorhanden sind, um Zugausfälle zu vermeiden. Verlässlichkeit gehört für uns zum öffentlichen Personennahverkehr.

Auf alle Gesellschaften einzugehen, würde den Rahmen sprengen. Gesellschaften erfüllen wichtige Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Die SPD lehnt Privatisierung in diesem Bereich grundsätzlich ab. Die Gesellschaften erfüllen wichtige Aufgaben für die Gemeinschaft. In diesem Sinne nimmt die SPD gerne diesen Bericht zur Kenntnis.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Wenn Sie als Unternehmerin diesen Beteiligungsbericht studieren, bekommt man doch leicht Schweißausbrüche. Von 42 städtischen Töchtern kann man an einer Hand abzählen, welche ein positives Ergebnis haben. Wenn man sich diese Zahlen noch ein bisschen genauer anschaut, muss man sagen, da sind noch einmalige Positionen drin, wie Auflösung größerer Rückstellungen und Dividendenausschüttungen, die nicht gewährleistet sind. Wir haben beim Tagesordnungspunkt vorher, beim Armutsbericht, aber auch bei anderen Dingen, letztendlich hängt alles am Geld.

Außerhalb dieser Zahlen gibt es für mich noch weitere Risiken. Das ist zum einen, geeignetes Fachpersonal zu finden in vielen dieser Gesellschaften. Das betrifft natürlich nicht nur unsere Kommune, das haben wir in der Wirtschaft auch. Aber für uns als Kommune wird es ein ganz großer Block werden. Es zeigt sich zum Beispiel jetzt schon beim KVV, wie schwierig es dort ist, Fahrer zu gewinnen und vor allen Dingen Fahrer zu halten. Aber zum Beispiel auch in der Abschaffung des steuerlichen Querverbundes, der von den Finanzge-richten immer mal wieder gerne ins Auge gefasst wird, sieht meine Fraktion ein sehr großes Risiko.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Herr Zeh hat mir schon einiges vorweg gesagt, was ich auch sagen wollte zur gesamten Sicht. Deshalb kann ich hier nur noch sagen, ich würde mir wünschen, dass insbesondere das Dezernat 4 mehr Anstrengungen unternimmt, die Situation in nachhaltiges Fahrwasser bezüglich der Finanzen zu steuern.

Zu einigen ausgewählten Unternehmen möchte ich aber doch etwas sagen. Da habe ich als erstes die Verkehrsbetriebe. Wer sich den Bericht angeschaut hat, kann nur zu der Erkenntnis einer insgesamt verheerenden Bilanz kommen. Alle Kennziffern haben sich verschlechtert: Jahresfehlbetrag, Fahrgastzahlen, Wagenkilometer und auch der Zuschussbedarf je Fahrgast. Allein der ist im Vorjahresvergleich um 27 % gestiegen. Diese Entwicklung findet bereits seit Jahren statt. Das einzige, was kontinuierlich nach oben geht, sind die Fahrpreise, ohne dass sich dadurch die durchschnittlichen Einnahmen je Fahrgast vergrößert hätten. Ich bin mir ziemlich sicher, unter Dieter Ludwig hätte es keine solche Entwicklung gegeben. Zu seiner Zeit hatten wir zwar ebenfalls kein sinkendes Defizit, jedoch gab es Jahr für Jahr steigende Fahrgastzahlen, so dass der nötige Zuschuss je Fahrgast signifikant kleiner wurde. Falls hier Sanierungsbemühungen stattgefunden haben, waren diese – so sieht es aus – allesamt erfolglos. Ich möchte hier nicht von einem Versagen des Managements oder der Aufsichtsräte sprechen, aber man könnte den Eindruck erhalten, man habe sich erst gar nicht bemüht, Verbesserungen einzuleiten.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, sind unsere Beteiligungen im Bereich regenerativer Energien. Hier werden die Renditen perspektivisch zurückgehen. Außerdem ist das derzeitige System höchst unsozial. Denn die Differenz zwischen den Erzeugungskosten dieser Energien und dem Marktpreis zahlt bekanntlich der Verbraucher. Exorbitant hohe Strompreise treffen aber Geringverdiener in besonderem Maße.

Abschließend ein paar Worte zum Baden-Airpark. Die im Bericht genannte Perspektive hinsichtlich der Flugverbindungen nach Hamburg und Berlin wird nicht eintreten. Hamburg wird nicht wiederkommen, Berlin wird in einem Monat eingestellt. Warum? Am Flughafenmanagement liegt es nicht. Vielmehr hat Eurowings für diese Strecken keine Flugzeuge passender Größe. Einen 150-Sitzer bekommen Sie auf diesen Strecken einfach nicht im doppelten Tagesplan kostendeckend gefüllt. Andere Carrier mit geeigneten Flugzeugen sind leider nicht in Sicht. Umso wichtiger ist es, seitens der Stadt und auch von uns Stadträten, die Nutzung dieses Flughafens durch eigenes Vorbild aktiv nach außen zu promoten, und zwar, indem wir, wenn wir Flugreisen unternehmen, wann immer möglich, von Karlsruhe/Baden-Baden aus fliegen. Verantwortungsvollerweise sollten wir natürlich vorher immer abwägen, inwieweit wir dafür alternativ Bodenverkehrsmittel verwenden könnten. Ich möchte in diesem Kontext auf die neun Verbindungen ab Karlsruhe/Baden-Baden in unsere Partnerstadt Temeschwar zweimal pro Woche hinweisen und außerdem eine sehr schlanke Umsteigeverbindung nach Krasnodar. Beides ist im Winterflugplan verfügbar.

**Stadtrat Hock (FDP):** Den Beteiligungsbericht möchte ich jetzt nicht aufschlüsseln und jedes einzelne Detail erläutern. Aber Kollege Schnell hat etwas angesprochen, was mir fern stehen würde, den Herrn Ludwig in diesem Bereich zu erwähnen. Er hatte damals natürlich ganz andere Möglichkeiten. Das Streckennetz hat sich immer mehr erweitert. Deshalb sind die Fahrgastzahlen auch immer mehr in die Höhe gegangen. Das muss man natürlich dazu sagen.

Ich habe den Beteiligungsbericht gelesen. Ich habe mich zum Schluss gemeldet, um zu hören, was die Fraktionen im Haus zu dem Ganzen, was unsere einzelnen Beteiligungen in den letzten Jahren an Gewinnen oder auch nicht erzielt haben, sagen. Man muss ganz ehrlich sagen, solange es unserer Mutter Stadt noch einigermaßen gut geht, ist das alles noch kein Problem. Nur wenn man zuhört und den Ausführungen des Kämmerers dieser Stadt folgt, dann wird man bald feststellen, dass es sich in den nächsten Jahren wirklich drastisch verschlechtern wird. Dann muss man schon die Frage stellen, ob man alles – das habe ich aus der kleinen Kritik des Kollegen Pfannkuch herausgehört – in nächster Zeit so weiterlaufen lassen kann, wie es jetzt läuft. Dass er dort Steuern möchte, dass er mehr mitsteuern möchte, nicht nur über den Aufsichtsrat, das habe ich auch herausgehört. Diese Bauchschmerzen habe ich auch. Meine Fraktion hat das auch. Denn wir müssen sehen, dass es der Stadt noch gut geht, aber es wird schwieriger und in den Folgejahren noch schwieriger. Ob es dann immer möglich sein wird, unsere Gelder, die wir jetzt im Moment überbringen zu den einzelnen Gesellschaften, weiter so fließen zu lassen, das steht meines Erachtens nicht klar da, sondern mehr in den Sternen denn je. Deshalb müssen wir in vielen Bereichen auch in den Aufsichtsräten Entscheidungen treffen, die mit Sicherheit nicht einfach sein werden und auch nicht jedem gut tun. Das muss man auch klar sagen. Deshalb: Der Beteiligungsbericht ist wunderbar aufgearbeitet. Aber wenn man es im Detail liest, wird man feststellen, dass riesige Aufgaben vor uns liegen. Deshalb können wir nur zusammen diese Aufgaben der nächsten Jahre meistern. Da wünsche ich mir, dass man in Vielem auch einmal mehr zusammenhält.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz:** So manche Aussage möchte ich nicht unkommentiert im Raum stehen lassen. Deswegen drei, vier Punkte.

Der Beteiligungsbericht ist eine Zusammenfassung des Geschäftsjahres 2018, Frau Fahringer. Wir vergleichen dort die Planung mit dem Ist-Ergebnis. Deswegen steht natürlich auch in der Kommentierung bei den Stadtwerken, die Planung im Bereich Stromverbrauch war höher als das Ist-Ergebnis. Das ist keine Wertung, sondern ein reiner Zahlenvergleich aus Sicht des Beteiligungsmanagements. Wie war die Planung und wie ist das Ist-Ergebnis. Die Stadtwerke haben wahnsinnig viel im Bereich Klimaschutz getan. Sie sind jetzt neu in den Rat gekommen. Sie sind neu in der Fraktion. Frau Mayer sitzt schon seit mehreren Jahren im Aufsichtsrat Stadtwerke. Der Herr Dr. Cremer wird das Team dort unterstützen. Sie werden dann schon auch sehen, dass gerade die Stadtwerke eine unserer größten Akteure im Bereich Klimaschutz, im Bereich der erneuerbaren Energien sind. Das würde ich jetzt einmal als Gegenpol formulieren wollen, da ich diese Kommentierung, es werde zu wenig im Bereich Klimaschutz getan, nicht als Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke so im Raum stehen lassen wollte.

Die strategische Ausrichtung, Herr Pfannkuch. Wir haben Aufsichtsräte. Die Aufsichtsräte beschließen den Wirtschaftsplan und steuern auch die Gesellschaft. Das ist erst einmal der

Grundsatz. Wenn die Mutter als Hauptgesellschafter strategischen Einfluss nehmen will in die Ausrichtung, dann muss das über den Gemeinderat initiiert werden. Das haben wir auch. Wir kommen später zu einem schönen Antrag von der SPD, wo genau dieses Ziel Strategie ist, Herr Marvi. Bei dem Thema mit der Arbeitnehmervertretung. Das ist der normale Vorgang. Dann würde ich aber auch bitten, dass innerhalb der Aufsichtsräte sehr kritisch mit den Entwicklungen, gerade in der wirtschaftlichen Entwicklung umgegangen wird. Weil wir haben dann natürlich Beschlüsse, die die Mutter gegebenenfalls, Herr Hock, so lange es uns finanztechnisch noch gut geht, dann ausgleicht. Aber irgendwann – weiß man nicht, Glaskugel – wird es äußerst schwierig sein.

Hinsichtlich der Verschuldung der Gesellschaften. Ja, das ist eine hohe Verschuldung. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass letztendlich durch die Kredite, die aufgenommen und auch sukzessive getilgt werden durch die Gesellschaften, auch Anlagevermögen geschaffen wird. Es wird eine Infrastruktur geschaffen für unsere Stadt im Rahmen der Daseinsvorsorge. Deswegen sagen wir, es sind gute Kredite. Wir können sie uns auch leisten, Frau Lorenz, in dem Bereich.

Steuerlicher Querverbund ist eine langwierige Geschichte. Wir gehen davon aus, dass es auch Seitens der EU gehalten wird. Wir haben keine negativen Signale. Aber wir wissen durchaus, dass es dort ein Thema ist.

Herr Schnell, der Beteiligungsbericht wird zu einem Stichtag abgegeben. Das war Mai 2019. Damals hatte man bei der Airpark GmbH natürlich darauf hingewiesen, dass man in diese Richtung denkt. Das hat sich vor kurzem anders entwickelt. Deswegen, zum Stichtag ab Fassung des Berichts war das die Strategie. Das hat sich jetzt nicht realisieren lassen.

Mir ist noch einmal wichtig, es ist kein strategischer Bericht. Es ist eine Grundlage, wie war das Geschäftsjahr. Wie war die Planung zur Ist-Betrachtung? Wir zeigen die Risiken auf, die Sie als Mitglieder des Hauptgesellschafters wissen müssen. Und wir zeigen Ihnen die strategischen Maßnahmen, die wir Seitens der Geschäftsführung erhalten haben, auf. Was dagegen getan wird, oder für die Zukunft geplant wird.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte einen Aspekt von Ihnen, Herr Pfannkuch, noch einmal aufnehmen. Wenn wir im Beteiligungsbericht auf so etwas wie eine Art Klimabilanz immer eingehen sollten, dann müssen wir uns darauf noch einmal verständigen. Weil der Beteiligungsbericht kommt erst einmal aus dem Beteiligungsmanagement. Da wird nach anderen Kriterien zusammengefasst. Wir sollten dann im Zusammenhang mit dem Klimaaktionsplan darüber reden, wie wir auch dokumentieren, was denn die Beteiligungen dazu beitragen und dann klären, ob das hier in den Bericht soll, was irgendwie logisch wäre, oder irgendwie anders. Denn das gesamte Thema CO<sub>2</sub>-Einsparung müssen wir irgendwo einmal zusammenfassen. Da müssen wir schauen, wo das richtig ist. Ich würde den Gedanken aufgreifen, ihn aber noch nicht als erledigt betrachten, weil wir noch einen Weg finden müssen.

Jetzt würde ich das doch einmal zur Abstimmung stellen, nicht nur, weil Beschlussvorlage drüber steht, sondern weil der Beteiligungsbericht auch noch einmal eine gemeinsame Bestätigung der Zahlen ist, die da drin stehen, die an anderer Stelle auch wichtig sind. – Das ist einstimmige Kenntnisnahme.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
2. Oktober 2019